

Rentnern bleibt künftig weniger

STUTTGART. Der Landesseniorenrat in Baden-Württemberg schlägt Alarm. Der Lobbyverband für Menschen über 60 Jahre rechnet mit erheblichen finanziellen Einbußen für die Rentner in den kommenden Jahren.

„Es drohen höhere Krankenkassenbeiträge, höhere Ausgaben für die Pflege und der sogenannte Nachholfaktor bei der Rente“, sagte der Vorsitzende Roland Sing in Stuttgart. „Wir befürchten, dass vor allem ab 2011 deutliche reale Einkommensverluste auf uns zukommen.“ Sing warnte die schwarz-gelbe Bundesregierung davor, die Älteren mit einer angeblichen Rentengarantie abzuspiesen: „Zu sagen, alles ist wunderbar, Rentner bleiben auf dem gleichen Niveau, das reicht nicht.“ In den nächsten Jahren werde es nicht bei den angekündigten Nullrunden bleiben. „Faktisch stehen Rentenkürzungen an“, betonte Sing, der auch Vize-Präsident des Sozialverbands VdK Deutschland ist.

Nach der Gesetzeslage müssen unterbliebene Kürzungen zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. So ist geplant, von 2011 an die Kürzung für die Jahre 2005 und 2006 nachzuholen. Hinzu kommt der sogenannte Riesterfaktor; durch eine Kürzung der Renten um 0,5 Prozent soll die Riesterrente mitfinanziert werden. Diese Abführung ist in den Jahren 2008 und 2009 ausgesetzt worden. „Ich glaube nicht, dass es hier zu rechtlichen Änderungen kommt“, meinte Sing.

Beim Landesseniorentag gestern in Leinfelden-Echterdingen forderte Sozialministerin Monika Stolz (CDU) Industrie und Handel auf, die Interessen älterer Menschen stärker zu berücksichtigen: „Hier eröffnen sich große Marktchancen für intelligente Produkte und Dienstleistungen.“

Stolz verwies zudem auf die 50 Pflegestützpunkte, die in den nächsten Monaten im Südwesten eingerichtet werden sollen. Die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen erhielten dadurch ortsnah einen Überblick über viele Hilfsangebote.

Der frühere AOK-Vorstandschef Sing monierte, der Koalitionsvertrag erlaube im Bereich Gesundheit „unglaublich viele Interpretationsmöglichkeiten, was auch das wilde Durcheinander von CDU, CSU und FDP zeigt“. Eine Absage erteilte er den Plänen, den Beitrag der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung einzufrieren oder gar zu senken: „Das bedeutet auch für die Älteren eine deutliche Mehrbelastung. Damit wird der medizinische Fortschritt nur noch von den Versicherten finanziert.“

Außerdem sieht er die „Absichtserklärung der Koalition zu individuellen Walleistungen“ bei der Gesundheit kritisch. Sing fürchtet Leistungseinschränkungen: „Gibt es dann für den Rollstuhl nur noch einen Festbetrag und muss der Patient dann alles, was er individuell braucht, selbst bezahlen?“

Skeptisch beurteilt der Seniorenrat die geplanten Steuersenkungen der Koalition: „Wir befürchten, dass im Fall von Steuersenkungen Kompensationen für den Bundeshaushalt nötig sein werden. Es ist naheliegend, dass das Verbrauchssteuern sein werden und das trifft Schwächere massiv. Bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer wären die Rentner ganz besonders die Gekniffenen“, unterstrich Sing.

In der Koalitionsvereinbarung gebe es neben Schatten aber auch Licht, sagte Sing. Die Senioren sähen es positiv, dass die Regierung das ambulante Wohnen, also Mehrgenerationshäuser, fördern wolle. Dadurch werde selbstbestimmtes Leben im Alter besser möglich. Zu begrüßen sei auch eine Neubestimmung der Pflegebedürftigkeit: Künftig sollten nicht mehr nur körperliche Defizite zum Maßstab gemacht werden, sondern auch geistige. Dies müsse auch finanzielle Konsequenzen haben. „Wir fordern nachhaltig, dass dann auch die Leistung angepasst wird in der Pflichtversicherung.“